



Sessionsvorschau Herbst 2017

Erste Woche Nationalrat

11.9.	Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz (16.035)	Ja	1
11.9. ¹	Pa. Iv. Leutenegger Oberholzer. Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen (16.438)	Ja	1
11.9. ¹	Pa. Iv. Röstli. Sicherung der Selbstversorgung mit Strom aus Wasserkraft zur Überbrückung der aktuellen Preisbaisse (16.448)	Nein	1
11.9. ¹	Pa.Iv. Bertschy. Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit (16.453)	Ja	2
13.9. ²	Mo. Derder. Die Verschuldung stabilisieren und die Überschüsse für Budgetausgaben und Investitionen in die Zukunft verwenden (16.3608)	Ja	2
13.9. ²	Mo. Grüter. Lohngleichheit im Beschaffungswesen. Aber fair und korrekt (16.3657)	Nein	2
14.9.	Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren). Volksinitiative (16.071)	Nein	3

Erste Woche Ständerat

11.9.	Mo. Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme (17.3270)	Ja	3
13.9.	Mo. Nationalrat (Romano). Besserer Zugang zur Bahn. Mehr Park-und-Rail-Parkplätze in Bahnhofsnähe (15.3771)	Ja	3

Zweite Woche Nationalrat

18.9. ³	Po. Derder. Digitale Wirtschaft. Die Arbeitsplätze der Zukunft und Massnahmen für ihre Förderung in der Schweiz identifizieren (17.3222)	Ja	4
18.9. ³	Mo. Thorens Goumaz. Plattform für die Industrie 4.0 (15.3979)	Ja	4
18.9. ³	Po. Masshard Nadine. Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse (15.4023)	Ja	4
18.9. ³	Mo. Piller Carrard. Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs mit Bildungsgutscheinen (15.4076)	Ja	4
19.9.	Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten. Volksinitiative (17.030)	Min. I	5
19.9. ⁴	Mo. Golay. Aufnahme von Migrantinnen und Migranten. Die Kantone werden von der finanziellen Last erdrückt (16.3258)	Nein	5

Zweite Woche Ständerat

19.9.	Mo. Nationalrat (FK-NR). Änderung von Artikel 18 Absatz 2 des Finanzhaushaltgesetzes (17.3015)	Nein	5
19.9.	Mo. Nationalrat (FK-NR). Keine Aufweichung der bewährten Schuldenbremse (16.3634)	Nein	6
21.9.	Botschaft Bundesrat: Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018–2020 (17.031)	Ja	6
21.9.	Mo. Aebischer Matthias. Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen (15.3157)	Ja	6

Dritte Woche Nationalrat

27.9.	Mo. FK-NR. Bestimmung der Höhe der Finanzierung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (17.3362)	Nein	7
-------	---	------	---

Dritte Woche Ständerat

26.9.	Mo. Nationalrat (KVF-NR). Gleich lange Spiesse im Schweizer Postmarkt (17.3011)	Nein	7
26.9.	Mo. Nationalrat (KVF-NR). Postgesetzgebung (17.3012)	Ja	7
26.9.	Mo. Nationalrat (KVF-NR). Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (17.3013)	Ja	7

¹ Parlamentarische Initiativen: Montag, 11. September, Dienstag, 12., Donnerstag, 21., oder Dienstag, 26. September 2017.

² Vorstösse aus dem EFD: Mittwoch, 13. September oder Mittwoch, 27. September 2017.

³ Vorstösse aus dem WBF: Montag, 18. September 2017.

⁴ Vorstösse aus dem EJPD: Dienstag, 19., Mittwoch, 20., oder Dienstag, 26. September 2017.

Erste Woche – Nationalrat

Montag, 11. September 2017; Chronologisches Programm (weiter am 13. September im Ständerat)

Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz (16.035): Die Vorlage sieht die Änderung des Elektrizitätsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes vor, um die Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine Verbesserung und die rechtzeitige und bedarfsgerechte Entwicklung der schweizerischen Stromnetze zu optimieren. Travail.Suisse spricht sich insbesondere dafür aus, dass das Verteilernetz in der Erde verlegt werden soll, was bis 2050 Kosten von rund 7,2 Milliarden Franken mit sich bringt, sowie für die Beibehaltung der Massnahme, die Netzbetreiber bei der Entwicklung intelligenter Netze finanziell zu unterstützen. Dieses Gesetz ist nicht der geeignete Rahmen, um über die Unterstützung der Wasserkraft zu diskutieren. Es ist nicht Sache der End-Konsumenten, die zusätzlichen Unterstützungsmassnahmen für grosse Elektrizitätswerke zu übernehmen.

- ➔ Travail.Suisse unterstützt die wichtigsten Elemente des Gesetzes gemäss dem Projekt des Bundesrates und erwartet von National- und Ständerat, dass die Wasserkraft innerhalb dieses Gesetzesprojekts nicht noch mehr unterstützt wird.

Montag, 11. September 2017; Parlamentarische Initiativen, weitere Daten: 12.9., 21.9. und 26.9.2017

Pa. Iv. Leutenegger Oberholzer. Angemessene Bezüge und Stopp der Lohnexzesse bei den Bundes- und bundesnahen Unternehmen (16.438): Diese parlamentarische Initiative fordert eine gesetzliche Regelung, um sicherzustellen, dass die Vergütungen an Mitglieder der Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen der Bundesunternehmen oder bundesnahen Unternehmen angemessen sind. Dabei soll das Bruttogehalt eines Bundesrates oder einer Bundesrätin als maximale Entschädigung zulässig sein. Die Höhe und insbesondere die Entwicklung der Managerlöhne ist ein politisches Dauerthema. Auch Jahre nach der Annahme der Abzockerinitiative ist keine Mässigung erkennbar. Die Managerlohnstudie von Travail.Suisse weist auch für das Geschäftsjahr 2016 für die Mehrheit der untersuchten Unternehmen steigende Entschädigungen und demzufolge sich öffnende Lohnschere nach. Auch wenn die Bundesunternehmen oder bundesnahen Unternehmen nicht die Haupttreiber in dieser Entwicklung sind, weist das Kaderlohnreporting des Bundes doch auch zunehmende Entschädigungen über die letzten Jahre nach. Eine Begrenzung der Entschädigungen der Manager bei den Bundesunternehmen und bundesnahen Unternehmen wäre ein deutliches Zeichen und eine wirksame Massnahme gegen überbordende Managerlöhne.

- ➔ Travail.Suisse empfiehlt daher diese parlamentarische Initiative zur Annahme.

Montag, 11. September 2017; Parlamentarische Initiativen, weitere Daten: 12.9., 21.9. und 26.9.2017

Pa. Iv. Röstli. Sicherung der Selbstversorgung mit Strom aus Wasserkraft zur Überbrückung der aktuellen Preisbaisse (16.448): Die Vorlage sieht vor, dass der Bundesrat Voraussetzungen schafft, damit die Wasserkraftwerke trotz der aktuellen Strompreisbaisse ihre Produktionskapazität aufrechterhalten können. Diese Forderung ist überholt, da die Energiestrategie 2050, die vom Stimmvolk kürzlich an der Urne angenommen wurde, bereits Massnahmen zur Unterstützung der Wasserkraftwerke vorsieht. Ausserdem befindet sich gerade ein Entwurf in der Vernehmlassung, der die Wasserzinsen senken will. Wird dieser Entwurf vom Parlament verabschiedet, können die Wasserkraftproduzenten beträchtliche Einsparungen erzielen, auf Kosten der öffentlichen Hand.

- ➔ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung dieser parlamentarischen Initiative.

Montag, 11. September 2017; Parlamentarische Initiativen, weitere Daten: 12.9., 21.9. und 26.9.2017

Pa.Iv. Bertschy. Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit (16.453):

Die parlamentarische Initiative will die heutige Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit ersetzen. Nebst der bisherigen Mutterschaftsentschädigung würde eine ebenfalls maximal 14 Wochen dauernde Vaterschaftsentschädigung eingeführt, falls beide Elternteile nach der Geburt wieder erwerbstätig sind. Die Pa.Iv. verfolgt ähnliche – wenn auch nicht gänzlich deckungsgleiche - Ziele, wie die durch Travail.Suisse initiierte eidgenössische Volksinitiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub. Sie will Anreize für eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen schaffen und damit den Fachkräftemangel entschärfen, zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen generieren, die den Staat entlasten und zur Amortisierung von Ausbildungskosten beitragen. Eine stärkere Erwerbstätigkeit der Frauen reduziert Abhängigkeiten von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe im Alter oder bei Trennung und vermindert damit ebenfalls die staatlichen Kosten.

- Travail.Suisse unterstützt die Pa.Iv. in einer ersten Phase und empfiehlt sie zur Annahme. Zu klären gilt es in einer späteren Phase, wie die Bedingung der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit beider Elternteile glaubhaft umgesetzt und geprüft werden kann.

Mittwoch, 13. September 2017; Vorstösse aus dem EFD, weitere Daten: 27.9.2017

Mo. Derder. Die Verschuldung stabilisieren und die Überschüsse für Budgetausgaben und Investitionen in die Zukunft verwenden (16.3608):

Diese Motion sieht vor, dass der Bundesrat gesetzliche Grundlagen erarbeiten soll, die es dem Parlament ermöglichen, Überschüsse nicht nur zur Reduktion der öffentlichen Verschuldung, sondern auch zur Erhöhung des Ausgabenplafonds im Budget zu verwenden. Die Finanzen des Bundes sind gesund. Die heutige Gesetzgebung lässt ausschliesslich zu, dass die Überschüsse in Milliardenhöhe auf dem Ausgleichskonto im Rahmen der Schuldenbremse für die Reduktion der Verschuldung verwendet werden. Doch die Schuldenlast wurde bereits genügend abgebaut. Es wäre sinnvoll, diese Milliarden für zukunftsweisende Investitionen, die den Wohlstand in der Schweiz langfristig sichern, einsetzen zu können.

- Travail.Suisse unterstützt diese Motion und empfiehlt sie dem Nationalrat zur Annahme.

Mittwoch, 13. September 2017; Vorstösse aus dem EFD, weitere Daten: 27.9.2017

Mo. Grüter. Lohngleichheit im Beschaffungswesen. Aber fair und korrekt (16.3657):

Wie es bei Kritik an der Messung der Lohngleichheit mit Logib häufig der Fall ist, vermischt auch diese Motion die Analyseebenen: nationale Statistik und individuelle Analyse. Die Motion bedauert, dass einige Berufe weniger gut bewertet werden als andere, doch das ist kein Verschulden des Systems Logib. Der Abgeordnete kennt sich mit Lohngleichheit, Beschaffungswesen und statistischen Methoden nicht aus und kennt auch die heutige Gesetzgebung nicht. Ein Beispiel zeigt dies ganz deutlich: Gemäss dem Motionär kann das Modell Logib umgangen werden, indem gar keine bzw. nur sehr wenige Frauen angestellt werden. Diese Praxis ist jedoch gemäss dem Gleichstellungsgesetz verboten. Denn «sollten Unternehmen Frauen nicht anstellen, um eine Lohngleichheitskontrolle zu beeinflussen oder eine solche zu umgehen, so würde dies eine Anstellungsdiskriminierung darstellen». Diese Motion wäre zum Lachen, würde sie nicht das so ernste Thema der Lohndiskriminierung betreffen, die die Frauen über 7 Milliarden Franken pro Jahr kostet. Logib ist laut den Unternehmen ein geeignetes und einfach anzuwendendes Instrument. Der Bund hat es von Experten beurteilen lassen, die zum Schluss gekommen sind, dass das Instrument in der vorliegenden Form angemessen ist. Im Beschaffungswesen haben die bietenden Unternehmen die Freiheit, das Instrument einzusetzen, das ihnen passt, sofern es auf dem Standardanalysemodell des Bundes basiert.

- Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Ablehnung.

Donnerstag, 14. September 2017; Chronologisches Programm

Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren).

Volksinitiative (16.071): Die Schweiz braucht in allen Sprachregionen des Landes einen Service public in guter Qualität. Die Abschaffung der Gebühren würde dazu führen, dass die SRG und die privaten Veranstalter, die einen Teil davon erhalten, ihren Auftrag nicht mehr erfüllen können. Die Qualität und die Vielfalt der Informations- und der Kulturangebote der SRG und der anderen privaten Veranstalter würden sinken, Werbeunterbrechungen hingegen zunehmen. Ausserdem besteht der Auftrag des Service public in der Integration der verschiedenen Sprachgemeinschaften in der Schweiz. Diese Integration würde grundlegend infrage gestellt.

- ➔ Travail.Suisse ist erleichtert, dass der Ständerat die «No Billag»-Initiative ohne Gegenstimmen verworfen hat, und bittet den Nationalrat, die Initiative ebenso deutlich zurückzuweisen, ohne direkten Gegenentwurf, der die SRG beträchtlich schwächen würde und der von einer Minderheit der Kommission befürwortet wird.

Erste Woche – Ständerat

Montag, 11. September 2017

Mo. Nationalrat (SPK-NR). Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme (17.3270): Die Motion schlägt vor, den Status der vorläufigen Aufnahme zu verbessern. Die meisten der vorläufig Aufgenommenen werden dauerhaft in der Schweiz bleiben, daher ist der Begriff «vorläufig» verwirrend. Zwei Änderungsvorschläge sehen die Einführung der Status «geschützt» und «vorübergehend schutzbedürftig» vor. Es könnten auch weitere Status geschaffen werden. Travail.Suisse hält eine Anpassung des heutigen Status für notwendig, da dieser die berufliche Eingliederung dieser Personen noch zu sehr erschwert. Auf jeden Fall müssen die verschiedenen Möglichkeiten, die sich zur Verbesserung der Lage anbieten, diskutiert werden. Die Idee, eine aktive Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt durch die regionalen Arbeitsvermittlungen zuzulassen, wäre eine positive Option, sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine bessere Integration und ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt sind im Interesse der betroffenen Personen, aber auch der Gesellschaft im Allgemeinen wie die Fachkräfteinitiative zeigt.

- ➔ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme dieser Motion.

Mittwoch, 13. September 2017

Mo. Nationalrat (Romano). Besserer Zugang zur Bahn. Mehr Park-und-Rail-Parkplätze in Bahnhofsnähe (15.3771): Die Motion beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu ergreifen, in erster Linie in Form von Richtlinien und Zielvorgaben, damit die SBB, die Kantone und die Gemeinden mehr öffentliche Parkplätze auf oder in der Nähe von Bahnhofsgeländen ausserhalb der städtischen Zentren schaffen.

- ➔ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme, da sie auf eine nachhaltigere Mobilität abzielt. So könnte der Aufbau des aktuellen Angebots der SBB in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Behörden mehr Dynamik erhalten.

Zweite Woche – Nationalrat

Montag, 18. September 2017; Vorstösse aus dem WBF

Po. Derder. Digitale Wirtschaft. Die Arbeitsplätze der Zukunft und Massnahmen für ihre Förderung in der Schweiz identifizieren (17.3222): Das Postulat fordert vertiefte Analysen der mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Digitalisierung wird zu Veränderungen der Wirtschaft führen, was sowohl Chancen wie Risiken birgt. In Bezug auf den Arbeitsmarkt ist die Frage Veränderungen und Verschiebungen der Arbeitsplätze zentral. Eine vertiefte Analyse der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsmarktentwicklung ist daher sinnvoll, um die vielfältige Branchenstruktur der Schweiz auch in Zukunft zu erhalten und zu stärken.

→ Travail.Suisse empfiehlt daher die Annahme dieses Postulats.

Montag, 18. September 2017; Vorstösse aus dem WBF

Mo. Thorens Goumaz. Plattform für die Industrie 4.0 (15.3979): Die Motion verlangt vom Bundesrat, die Schaffung einer Plattform zu fördern, die dem Austausch über die Herausforderungen der Digitalisierung unserer Wirtschaft (Industrie 4.0) mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren, insbesondere den Organisationen der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft und von Verbänden, dient. Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren für die Wirtschaft im Allgemeinen und den Arbeitsmarkt im Speziellen grosse Veränderungen bringen. Dabei ist es für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz zentral, die sich bietenden Chancen optimal zu nutzen und gleichzeitig allfällige Risiken frühzeitig zu erkennen. Eine Vernetzung aller wichtigen Wissensträger in einer Plattform könnte bei dieser wichtigen Aufgabe grossen Nutzen stiften.

→ Travail.Suisse empfiehlt daher die Annahme dieser Motion.

Montag, 18. September 2017; Vorstösse aus dem WBF

Po. Masshard Nadine. Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse (15.4023): Eine der wichtigsten und erfolgreichsten Neuerungen des Berufsbildungsgesetzes von 2002 ist die Projektförderung nach Art. 54 und 55 BBG. Allerdings ist die Liste der möglichen Projektthemen begrenzt. Der Bundesrat kann jedoch nach Art. 55.3f. BBG «weitere Leistungen im öffentlichen Interesse festlegen, für die Beiträge gewährt werden können» und die «Kriterien für die Gewährung der Beiträge» festlegen. Travail.Suisse würde es begrüessen, wenn der Bundesrat die politische Bildung zur Stärkung der Kultur der direkten Demokratie in die Förderliste aufnehmen würde.

→ Travail.Suisse unterstützt daher das Postulat von NR Nadine Masshardt.

Montag, 18. September 2017; Vorstösse aus dem WBF

Mo. Piller Carrard. Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs mit Bildungsgutscheinen (15.4076): Jedes Jahr steigen 13 000 bis 15 000 Frauen wieder ins Berufsleben ein. Doch der Wiedereinstieg in den Berufsalltag gestaltet sich nach einem längeren Unterbruch alles andere als einfach und bringt häufig nicht den erhofften Erfolg: Die Stellen entsprechen nicht dem Bildungs- und Erfahrungsniveau vor dem Unterbruch. Sowohl die Frauen selbst als auch die Wirtschaft ganz allgemein, wo Fachkräftemangel herrscht, wünschen diesen Wiedereinstieg. Daher müssen die Frauen ermutigt werden, ihre Fachkenntnisse dank Bildungsgutscheinen aufzufrischen. Die Motion ist eine politische Folge der Studie, die Travail.Suisse im Auftrag des SBFi im Jahr 2013 erstellt hat. Die bestehenden Gesetzesbestimmungen tragen den Bedürfnissen der betroffenen Frauen keine Rechnung. Diese haben keinen Zugang zu den Angeboten im Rahmen der Arbeitslosenversicherung, die 2010 verschärft wurde. Hingegen sieht seit dem 1. Januar 2016 das neue Weiterbildungsgesetz (WeBiG) vor, dass Bund und Kantone bestrebt sein sollen, den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern (Art. 8d).

Dieses Gesetz erlaubt es dem Bund, Finanzhilfen nachfrageorientiert zu leisten (Art. 10 Abs. 2). Die Bildungsgutscheine sind als Antwort auf diese Nachfrage zu verstehen und entsprechen dem Grundsatz, dass die Weiterbildung den jeweiligen Personen obliegt. Die Studie hat gezeigt, dass Bildungsgutscheine zum Erfolg führen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme dieser Motion.

Dienstag, 19. September 2017; Chronologisches Programm

Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten.

Volksinitiative (17.030): Die Initiative fordert eine Streichung der Artikel 121a und 197, Ziff.11 der Bundesverfassung. Mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative über Artikel 21 AuG wurde eine Lösung beschlossen, welche die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet und gleichzeitig dank der Stellenmeldepflicht die Chancen von auf dem Arbeitsmarkt diskriminierten Personengruppen verbessert. Das Hauptziel der RASA-Initiative ist unseres Erachtens damit erfüllt. Eine Abstimmung über diese Initiative birgt aus unserer Sicht ein grosses politisches Risiko. Für den Fall, dass die Initiative abgelehnt wird, ist deshalb ein Gegenvorschlag vorzusehen. Ein solcher darf nicht im Widerspruch mit den bilateralen Verträgen stehen und eine gewisse Klärung in Bezug auf die zukünftigen Beziehungen zur Europäischen Union ermöglichen. Weiter muss die parlamentarische Umsetzung von Artikel 121a BV gestützt werden und weitere innenpolitische Massnahmen zur Förderung der inländischen Erwerbsbevölkerung ermöglicht werden, um so eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung nach Absatz 1 der Verfassungsbestimmung zu ermöglichen. Dies erfüllt die Minderheit I der SPK-N am besten.

→ Travail.Suisse empfiehlt der Minderheit I zu folgen.

Dienstag, 19. September 2017; Vorstösse aus dem EJPD, weitere Daten: 20.9. und 26.9.2017

Mo. Golay. Aufnahme von Migrantinnen und Migranten. Die Kantone werden von der finanziellen Last erdrückt (16.3258):

Diese Motion will, dass der Bund die gesamten Kosten übernimmt, die durch die Aufnahme von Asylsuchenden verursacht werden, und der Gesamtbetrag, der der Entwicklungshilfe zugeteilt ist, verringert wird. Laut dem Motionär ergreift der Bundesrat keine Massnahmen, um die Ankunft neuer Migrantinnen und Migranten einzudämmen. Travail.Suisse ist der Meinung, dass nicht nur die Schweiz, sondern auch die anderen Länder in Europa und weltweit mit Flüchtlingsströmen konfrontiert sind. Dieser Tatsache muss daher mit Massnahmen begegnet werden, die die Integration der Betroffenen begünstigen. Travail.Suisse ist wie der Bundesrat der Ansicht, dass schutzbedürftige Personen rasch und nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Dazu führt der Bund mit den Kantonen einen Dialog, um eine gezielte und verstärkte Integration dieser Personengruppe zu bewirken und die Kostensituation zu analysieren. Kürzungen bei der Entwicklungshilfe sind bereits vorgesehen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung dieser Motion.

Zweite Woche – Ständerat

Dienstag, 19. September 2017

Mo. Nationalrat (FK-NR). Änderung von Artikel 18 Absatz 2 des Finanzhaushaltsgesetzes

(17.3015): Die Motion schlägt eine Prioritätenordnung vor bei den Sparmassnahmen, damit die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Eine deutliche Mehrheit der FK-NR empfiehlt, wie der Bundesrat, die Ablehnung der Motion. Dass prioritär Kürzungen in den Bereichen vorgenommen werden sollen, die während der letzten Legislaturperioden das stärkste Ausgabenwachstum aufwiesen, ist ein

schwerwiegender Fehler. Es ist normal, dass grundlegende Aufgaben wie Forschung und Bildung ein rascheres Wachstum aufweisen als andere.

- Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung dieser Motion, die zu einer zu unflexiblen Finanzpolitik führen würde. Bei einer Umsetzung der Motion würden in Bildung und Forschung oder in anderen Bereichen des Service public weitere Kürzungen erfolgen.

Dienstag, 19. September 2017

Mo. Nationalrat (FK-NR). Keine Aufweichung der bewährten Schuldenbremse (16.3634): Die Motion will die bewährte Schuldenbremse im Gesetz so verankern, dass die Möglichkeit ausgeschlossen wird, Überschüsse im Bundeshaushalt nicht mehr vollständig für den Schuldenabbau einzusetzen. Der Hintergrund dieser Motion ist der, dass der Bundesrat Experten mit einem Bericht über die Schuldenbremse betraut hat, der dazu führen könnte, dass eine Aufweichung eintreten und den Weg für eine Gesetzesrevision ebnen könnte. Die Schuldenbremse sieht die Stabilisierung dieser Schuld vor und nicht deren ständigen Abbau, wie dies momentan der Fall ist. Es braucht daher eine Revision der Schuldenbremse, damit die strukturellen Überschüsse, nach Massgabe der nicht getätigten Ausgaben, für andere Zwecke als die Reduzierung der Schuld eingesetzt werden, z. B. für Investitionen in die Infrastruktur oder die Bildung.

- Travail.Suisse empfiehlt dem Ständerat, diese Motion zurückzuweisen und dem Bundesrat zu folgen.

Donnerstag, 21. September 2017

Botschaft Bundesrat: Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018–2020 (17.031): Das Verhältnis Schweiz – EU ist im Bereich Erasmus+ unbefriedigend. Mit Hilfe von einseitigen Lösungen versucht die Schweiz, den Schaden in Grenzen zu halten. Mit der Botschaft des Bundesrates zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018–2020 sollen die Mittel bereitgestellt werden, um der seit 2014 aufgebauten Lösung Kontinuität zu verleihen. Auch wenn die Lösung für die Bildung nicht optimal ist, so ist ihr wohl zuzustimmen. Denn gegenwärtig liegt keine andere Lösung auf dem Tisch. Diese ist allerdings anzustreben.

- Travail.Suisse unterstützt den Antrag des Bundesrates.

Donnerstag, 21. September 2017

Mo. Aebischer Matthias. Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen (15.3157): Dem gegenwärtigen Verfahren fehlt eine Entscheidungsinstanz, wenn es bei der Einstufung und dem anschliessenden Konsensgespräch zu keiner gemeinsam getragenen Lösung zwischen dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ und der eingebenden Organisation der Arbeitswelt (OdA) kommt. Eine solche Entscheidungsinstanz ist zu bezeichnen.

- Travail.Suisse unterstützt die Motion von NR Matthias Aebischer.

Dritte Woche – Nationalrat

Mittwoch, 27. September 2017

Mo. FK-NR. Bestimmung der Höhe der Finanzierung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (17.3362): Der Bundesrat soll beauftragt werden, bei der Botschaft für die internationale Zusammenarbeit und im jährlichen Budget die Höhe der Bundesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit ohne Anlehnung an die BNE-Quote festzulegen und sich vielmehr am Zustand der Bundesfinanzen zu orientieren. Eine Kürzung der Schweizer Entwicklungshilfe führt zu einer stärkeren Instabilität in gewissen Regionen oder Ländern, was sich auch negativ auf die Schweizer Exportwirtschaft auswirken würde, die von einer stabileren und gerechteren Weltlage profitiert.

- Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung dieser Motion, die der Verpflichtung der Schweiz, die Mittel für die Finanzierung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, zuwiderläuft.

Dritte Woche – Ständerat

Dienstag, 26. September 2017

Mo. Nationalrat (KVF-NR). Gleich lange Spiesse im Schweizer Postmarkt (17.3011): Die Motion verlangt vom Bundesrat, die heutigen Grundlagen auf Gesetzes- und Verordnungsebene dahingehend anzupassen, dass ein fairer Wettbewerb im Postmarkt Schweiz für alle Marktteilnehmer gewährleistet wird. Travail.Suisse und transfair, die Gewerkschaft des Service public, bedauern, dass diese Motion vom Nationalrat gutgeheissen wurde. Es ist zu befürchten, dass mit dieser Motion die Kosten, die der Post entstehen, nicht angemessen entschädigt werden und dass private Anbieter bevorzugt werden. Sie ist auch eine Bedrohung der heutigen branchenüblichen Anstellungsbedingungen.

- Travail.Suisse empfiehlt dem Ständerat, diese Motion abzulehnen.

Dienstag, 26. September 2017

Mo. Nationalrat (KVF-NR). Postgesetzgebung (17.3012): Diese Motion verlangt eine Anpassung der Postgesetzgebung, sodass die Messkriterien für die Erreichbarkeit auf regionaler Ebene festgelegt werden. Postagenturen müssen so eingerichtet sein, dass sie alle logistischen Produkte der Post, insbesondere im Bereich Zahlungsverkehr, anbieten können. Allerdings ist beunruhigend, dass die Agenturen, die die gleichen Dienstleistungen wie die Poststellen anbieten, hinsichtlich der postalischen Dienstleistungen nicht geschultes Personal anstellen können, das auch schlechter entlohnt wird. Dies kommt einem inakzeptablen Lohndumping gleich. Travail.Suisse hat die deutliche Annahme der Motion durch den Nationalrat begrüsst.

- Travail.Suisse empfiehlt dem Ständerat, der Entscheidung des Nationalrates zu folgen und diese Motion anzunehmen.

Dienstag, 26. September 2017

Mo. Nationalrat (KVF-NR). Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (17.3013): Die Aufsichtsinstrumente des Bakom sollen analog zu denjenigen der Postcom auf Gesetzesesebene präzisiert und mit Durchsetzungsinstrumenten ergänzt werden.

- Travail.Suisse unterstützt diese Motion und empfiehlt dem Ständerat die Annahme der Motion.